



Rundbrief des Landespräventionsrates Niedersachsen

81. Ausgabe | Februar 2022

Inhaltsverzeichnis

1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

- 1.1 TERMINVERSCHIEBUNG: 13. Niedersächsischer Präventionstag in Wolfsburg
- 1.2 Informationen des Landes-Demokratiezentrum aus dem Themenfeld „Religiös-begründete Radikalisierung und Islamfeindlichkeit“
- 1.3 Informationen des Landes-Demokratiezentrum aus dem Themenfeld „Prävention von Rechtsextremismus“
- 1.4 Neue Förderrichtlinien des Landespräventionsrates Niedersachsen
- 1.5 Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen
- 1.6 Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt beim Fachtag „GEWALT geht uns alle an“
- 1.7 Informationen zur Methode “CTC-Communities That Care”

2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

- 2.1 Qualifizierungsprogramm zum Europäischen Präventionscurriculum (EUPC)
- 2.2 Save the Date: Tagungswoche „Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention“
- 2.3 Modulare Fortbildungsreihe: "Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft"

3. Veröffentlichungen/Webseiten

- 3.1 Heft aus der Reihe ‚Expertise‘, herausgegeben von Prisma
- 3.2 Neue Broschüre „Neue Wege finden – aktuelle Formen islamistischer Agitation“ veröffentlicht
- 3.3 Positionspapier: Präventionsketten verankern – Teilhabechancen für alle Kinder fördern
- 3.4 Pixi-Heft „Gaming und Rechtsextremismus – 25 Fragen & Antworten zum Thema“
- 3.5 Online-Angebot: hilfefürdich.de

4. Wettbewerbe/Verschiedenes

- 4.1 Wettbewerb „Gute Nachbarschaft“ 2022
- 4.2 Niedersächsischer Integrationspreis 2022
- 4.3 Leitgedanken des DEFUS zur Sicherheit von Mitarbeiter*innen und politischen Mandatsträger*innen in Kommunalverwaltungen
- 4.4 Trainingsprogramm: Empowering Social Media Communities – für ein Netz ohne Hass
- 4.5 Projektmittel der Europäischen Kommission zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Redaktion:

Julia Jahns

LPR Niedersachsen

Tel.: 05 11/1 20-8704

julia.jahns@mj.niedersachsen.de

1. Infos aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle

1.1 TERMINVERSCHIEBUNG: 13. Niedersächsischer Präventionstag in Wolfsburg

Der Niedersächsische Präventionstag (NPT) wird zweijährlich durch den Landespräventionsrat (LPR) Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium organisiert und dient als Forum der Begegnung und des Wissens- und Erfahrungsaustausches für die in der gesamtgesellschaftlichen Präventionsarbeit engagierten Akteure sowie als Fachtagung zu zentralen Aspekten der Kriminalprävention.

Der 13. NPT wird aufgrund der aktuellen Entwicklung des Infektionsgeschehens im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus auf den **1. September 2022** verschoben.

Die Veranstaltung soll wie geplant im CongressPark Wolfsburg stattfinden.

Ein aktualisierter Flyer sowie der Ablaufplan werden in Kürze auf der Webseite des LPR ([hier](#)) veröffentlicht.

Kontakt:

Christiane Klages

Tel: 0511 120 8703

christiane.klages@mj.niedersachsen.de

1.2 Informationen des Landes-Demokratiezentrum aus dem Themenfeld „Religiös-begründete Radikalisierung und Islamfeindlichkeit“

Schrittweise Ausweitung des Angebots primärpräventiver Beratung im Themenfeld religiös-begründete Radikalisierung und anti-muslimischer Rassismus

Von 2022 an weitet das Landes-Demokratiezentrum im LPR Niedersachsen (L-DZ) gemeinsam mit den regionalen Fachstellen der Prävention von religiös-begründeter Radikalisierung sein Angebot für die Fläche Niedersachsen aus: So können vereinzelte Workshops und Informationsangebote der Fachstellen auch über die Regionen Hildesheim, Osnabrück und Göttingen hinaus angefragt werden. Während die bisherigen Fachstellen „radius“ aus Hildesheim und „Präsenz“ aus Osnabrück weiterhin gefördert

werden, wird seit dem 01.01.2022 die Fachstelle „Horizont“ in Göttingen als dritter Standort gefördert. Weitere Informationen zu den regionalen Fachstellen finden sich auf der Homepage des L-DZ.

Das L-DZ selbst steht ebenfalls für primärpräventive Beratung zum Umgang mit Konfliktlagen im Kontext Religions- und Meinungsfreiheit, religiös-begründete Radikalisierung und anti-muslimischer Rassismus für Institutionen und Fachkräfte zur Verfügung.

Ergänzt wird das Angebot durch das bereits bestehende Podcast-Format „PINS“ sowie im weiteren Verlauf des Jahres 2022 einem Referent*innen-Pool.

Förderung von Kleinprojekten

Auch 2022 fördert das L-DZ Niedersachsen wieder Kleinprojekte, die demokratisches Handeln sichtbar machen und unterstützen; die antisemitischen, rassistischen und anderen menschenfeindlichen Äußerungen oder Aktivitäten etwas entgegensetzen; Diskriminierungserfahrungen, Bedrohungen und/oder Angriffe sichtbar machen und/oder den Umgang mit solchen Erfahrungen thematisieren sowie der Verbreitung von Verschwörungsideologien etwas entgegensetzen.

Das Wichtigste zur Antragsstellung:

- Antragstellende sind gemeinnützige Träger mit Sitz in Niedersachsen.
- Pro Projekt können bis zu 2.500 € beantragt werden.
- Das Projekt dauert nicht länger als 6 Wochen.
- Die Form der Projekte bzw. Aktivitäten ist frei wählbar.

Antragsfristen für 2022:

28.02.2022

27.06.2022

Zusätzlich können Anträge für Projekte gestellt werden, die kurzfristig auf unvorhergesehene Ereignisse oder Entwicklungen reagieren.

Antragsformulare und weitere Informationen [hier](#).

Bei Nachfragen: kleinprojekte@ldz-niedersachsen.de

1.3 Informationen des Landes-Demokratiezentrum im Themenfeld „Prävention von Rechtsextremismus“

Leitfaden antisemitische Straftaten erkennen

Das L-DZ Niedersachsen hat in Kooperation mit RIAS Niedersachsen und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Niedersachsen einen Leitfaden erarbeitet, dessen Ziel es ist, die Handlungssicherheit von Mitarbeitenden bei Polizei und Justiz im Themenfeld Antisemitismus zu stärken. Herzstück ist eine umfangreiche Checkliste, die sich ganz konkret im Arbeitsalltag anwenden lässt, indem sie die Einordnung von antisemitisch motivierten Straftaten vereinfacht. Der Leitfaden wurde unter Beteiligung eines Beirats entwickelt, welcher sich aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammensetzte. So wurde sichergestellt, dass unterschiedlichste Perspektiven gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Derzeit wird das Layout erstellt, um den Leitfaden Ende Februar veröffentlichen zu können.

Fortbildungsmöglichkeiten für Beratungsangebote

Seit 2021 bietet das L-DZ Niedersachsen Fortbildungsveranstaltungen für die eigens geförderten Beratungsstrukturen an. Das L-DZ unterstützt damit die Projektträger, die so finanziell und organisatorisch entlastet werden, fördert die projektübergreifende Vernetzung und trägt zur inhaltlichen Qualitätssicherung der Angebote bei. Im vergangenen Jahr wurden bereits Formate zu den Themen „Graue Wölfe/Türkischer Nationalismus“ und „Die israelische Demokratie und Antisemitismus“ angeboten. Für das laufende Jahr wurden Inhalte und Termine bereits festgelegt. Angeboten werden Fortbildungen in den Themenbereichen „Kompetenzen, Grenzen und Verweise in der Beratung“ (Grenzen im Übergang zu psychosozialen Beratungsangeboten), „Soziale Medien und Hate Speech“ und „Antimuslimischer Rassismus“.

Beratungs- und Bildungsangebot L-DZ

Im L-DZ Niedersachsen mehren sich Anfragen mit dem Bedarf nach Input und Austausch zum Thema „Querdenken/Verschwörungsideologien“. Angeboten werden hierzu Vorträge, die darauf ausgerichtet sind, zivilgesellschaftliche Organisationen bei der lokalen Auseinandersetzung mit dem Thema zu unterstützen.

Fokussiert werden dabei u.a. Einordnungen, Entwicklungen und Herausforderungen sowie mögliche Handlungsstrategien.

Kontakt:

L-DZ Niedersachsen

Tel.: 0511 120 8740

landes-demokratiezentrum@lprnds.de



landes-
demokratiezentrum
niedersachsen

1.4 Neue Förderrichtlinien des Landespräventionsrates Niedersachsen

Die Neufassungen der Förderrichtlinien zur „[Prävention des sexuellen Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen](#)“ und zur „[Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger](#)“ sind auf der Webseite des LPR Niedersachsen veröffentlicht worden. Für den Förderzeitraum 2022/2023 sind die Anträge für die erste Richtlinie bis zum 31. März 2022 und für die zweite Richtlinie bis zum 30. April 2022 einzureichen.

Für beide Richtlinien bietet der LPR Niedersachsen eine Online-Info-Veranstaltung am 15. Februar 2022, von 10.00 bis 12.00 Uhr an.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei christiane.klages@mj.niedersachsen.de an.

Kontakt:

Christiane Klages

Tel: 0511 120 8703

christiane.klages@mj.niedersachsen.de

1.5 Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen

Verleihung der Niedersächsischen Qualitätssiegel für sicheres Wohnen

Am 16. November 2021 wurden die Niedersächsischen Qualitätssiegel für sicheres Wohnen an mehrere niedersächsische Wohnungsunternehmen verliehen.



Das Niedersächsische Qualitätssiegel für sicheres Wohnen ist eine Auszeichnung der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (SiPa), welche unter

Federführung des Landespräventionsrates Niedersachsen tätig ist. Ziel der SiPa ist die Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden unter Nutzung von kriminalpräventiven Aspekten. Wohnungsunternehmen, die eine hohe Lebensqualität aufweisen, können durch das Siegel ausgezeichnet werden. Auf der Webseite der SiPa finden sich alle bisher ausgezeichneten Objekte - www.sipa-niedersachsen.de.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Verleihung der Siegel nicht wie gewohnt im Rahmen einer Jahrestagung der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen stattfinden.

Die Ehrung fand sodann in den Räumlichkeiten des Landespräventionsrates Niedersachsen in Hannover statt. Die Siegel wurden feierlich durch Herrn Justizstaatssekretär Dr. Hett an die Vertretenden der Wohnungsunternehmen überreicht.

Ausgezeichnet wurden die Nibelungen-Wohnungsbau-GmbH Braunschweig, die Lüneburger Wohnungsbau GmbH, die GBN GmbH Nienburg/Weser, die kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, der DRK-Kreisverband Uelzen e. V. und die GeWobau Vechta mbH.

Während der ca. 90-minütigen Veranstaltung lobte Staatssekretär Dr. Hett das Engagement der niedersächsischen Wohnungswirtschaft und bedankte sich bei der SiPa für ihre Arbeit im Rahmen der städtebaulichen Kriminalprävention.

Weitere Informationen zu Aktivitäten der SiPa finden Sie [hier](#).

Kontakt:

Julia Jahns

Tel.: 0511 120 8704

julia.jahns1@mj.niedersachsen.de

1.6 Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt beim Fachtag „GEWALT geht uns alle an“

Vortrag und Workshop beim Fachtag „GEWALT geht uns alle an“

Am 14. Februar 2022 findet der Fachtag „GEWALT geht uns alle an - 11 Jahre Istanbul-Konvention zur Überwindung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, veranstaltet durch das Diakonische Werk des Ev.-luth. Kirchenkreises Rotenburg, den Landkreis Rotenburg (Wümme) sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Rotenburg (Wümme), im digitalen Format statt.

Die Koordinierungsstelle wird mit einem Vortrag zum Thema „Häusliche Gewalt in Partnerschaften – eine Bestandsaufnahme“ und einem Workshop zum Thema Prävention von häuslicher Gewalt vertreten sein.

Kontakt:

Nora Stein

Tel.: 0511 120 8724

nora.stein@justiz.niedersachsen.de

1.7 Informationen zur Methode “CTC-Communities That Care”

Videos Kick-off bundesweite CTC – Evaluationsstudie

Die Medizinische Hochschule Hannover, die Universität Hildesheim, der Deutsche Präventionstag und der Landespräventionsrat Niedersachsen führen eine [Studie zur Effektivität der Präventionsmethode „Communities That Care – CTC](#) durch. Die Studie wird aus Mitteln des Bundesforschungsministeriums gefördert. Videoausschnitte von der Startveranstaltung sind nun [online](#).

SCHOOLS THAT CARE - Prävention in der Schule gemeinsam planen und weiterentwickeln

„Schools That Care“ ist ein Kooperationsprojekt der FINDER Akademie mit dem Deutschen Präventionstag, dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention. Mit der Methode „[Schools That Care – STC](#)“ können Schulen ihre Präventionsarbeit für Kinder, Jugendliche und Mitarbeiter*innen zielgenauer und wirksamer gestalten.

Schulen können mit der Methode eine fundierte Strategie für die Gewalt-/Suchtprävention sowie die Gesundheits- und Entwicklungsförderung von Kindern und Jugendlichen erarbeiten. Die Methode STC hilft Schulen dabei, wirksame Präventionsangebote passgenau und bedarfsgerecht auszuwählen und nachhaltig umzusetzen. STC baut auf der etablierten Methode von "Communities That Care - CTC" auf, die der LPR Niedersachsen anbietet.

Ab sofort berät die [FINDER Akademie](#) zu dem Angebot und der Beantragung einer Förderung im Rahmen des Präventionsgesetzes (§ 20a SGB V).

Weitere Informationen finden Sie in der [Pressemeldung](#).

CTC in der Zeitschrift KOMMUNAL

Unter dem Titel "CTC - ganzheitliche Methode in Kinder- und Jugendarbeit" berichtet die Zeitschrift KOMMUNAL über die Umsetzung der Präventionsmethode „Communities That Care – CTC“ in zwei Kommunen.

Hier finden Sie den [Link zum Artikel](#).

Kontakt:

Frederick Groeger-Roth

Tel.: 0511 120 8727

frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de

2. Ausblick auf Veranstaltungen und Fortbildungen

2.1 Qualifizierungsprogramm zum Europäischen Präventionscurriculum (EUPC)

Das Qualifizierungsprogramm zum Europäischen Präventionscurriculum (EUPC) verschafft einen umfassenden Überblick über mehr als 20 Jahre Forschung zum Thema Prävention und vermittelt die fachliche Kompetenz, um dieses Wissen in Kommunen und Organisationen in eine wirksame, ethisch fundierte und nachhaltige Präventionspraxis zu transformieren.

Die Weiterbildungstermine für 2022 lauten wie folgt:

- 15.03.2022 - 16.03.2022 Basismodul (Online)
- 16.05.2022 - 18.05.2022 Vertiefungsmodul (Berlin)
- 14.06.2022 - 15.06.2022 Basismodul (Online)
- 04.10.2022 - 05.10.2022 Basismodul (Online)
- 08.11.2022 - 10.11.2022 Vertiefungsmodul (Berlin)
- 13.12.2022 - 14.12.2022 Basismodul (Online)

Über diesen Link bekommen Interessenten weitere Informationen zum EUPC Qualifizierungsprogramm und können sich für die Veranstaltungen anmelden:
<https://finder-akademie.de/angebot/eupc-qualifizierungsprogramm/>

2.2 Save the Date: Tagungswoche „Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention“



Landesprogramm
für Demokratie
und Menschenrechte

Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, vor allem die Folgen der Corona-Pandemie stellen uns immer öfter vor die Frage, wie stabil ist unsere Demokratie und wie gut ist unser gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Wir beobachten digital und in den aktuellen Protestbewegungen neue Formen von gewaltsamen Übergriffen und Radikalisierungstendenzen.

Damit werden auch die Themen in der Extremismusprävention komplexer, die Phänomene undeutlicher, und es gibt neue Schnittstellen und Herausforderungen.

Wir benötigen umso mehr wirkungsvolle Strategien, um die Gesellschaft zu stärken und die Demokratie in Niedersachsen zu schützen.

Ein wichtiger Baustein dafür ist eine nachhaltige und qualitätsvolle Präventionsarbeit. Sie gelingt nur mit Hilfe der aktiven Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Fachkräften.

Das landesweite **Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention** des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte im LPR Niedersachsen leistet diese Arbeit schon im fünften Jahr und ist inzwischen auf fast 400 Fachkräfte angewachsen.

Auch in diesem Jahr bieten wir den Netzwerkmitgliedern die Gelegenheit, sich im Rahmen einer Tagung intensiv fachlich auszutauschen.

Aufgrund der Vielfalt der aktuellen Themen und um noch mehr Zeit für Diskussion und Arbeitsphasen zu ermöglichen, haben wir die Tagung diesmal mehrtägig angelegt als

Tagungswoche „Netzwerk FÜR Demokratie und Prävention“ vom 13.-17. Juni 2022

- 13. Juni 2022 Auftakt:
ganztägiger Livestream auf dem Youtube Kanal des Justizministeriums. Hier bekommen Sie thematische Impulse, Informationen und Diskussionsstoff für die Woche.
- 14.-17. Juni 2022 Arbeitsphase:
Präsenzveranstaltungen mit Workshops und Netzwerkangeboten im Landespräventionsrat Niedersachsen, Siebstraße 4, 30171 Hannover.

Sie können an nur einem oder an mehreren Tagen teilnehmen.

Programminhalte und Anmeldemöglichkeiten werden in Kürze bekanntgeben.

Kontakt:

Koordinierungsstelle Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte

Tel: 0511-120 8722

kostlp@mj.niedersachsen.de

2.3 Modulare Fortbildungsreihe: "Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft"

Das Modellprojekt „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ des Gustav Stresemann-Instituts bringt Vertreter*innen beider Seiten im Rahmen einer Fortbildung in einen Dialog. Angeregt durch Inputs von ausgesuchten Expert*innen setzen sich die Teilnehmenden multiperspektivisch u.a. mit Themen wie gegenseitige Vorurteile, Rassismus, Rechtsextremismus, Protestformen und Gewalt auseinander. Die Fortbildungsreihe steht allen haupt- und ehrenamtlich Aktiven und der für Demokratie engagierten Zivilgesellschaft (Vereinen, NGOs, MSOs, Initiativen, Bündnissen etc.) aus Niedersachsen und Bremen offen.

Die Anmeldung der teilnehmenden Polizeibeamt*innen erfolgt intern über die Polizeidirektion Oldenburg. Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt.

Anmeldefrist endet am **15.02.2022**.

Alle Termine und Informationen unter [Haltungzeigen Flyer.pdf](#)

3. Veröffentlichungen/Webseiten

3.1 Heft aus der Reihe ‚Expertise‘, herausgegeben von Prisma

Im Dezember 2021 erschien ein weiteres Heft aus der Reihe ‚Expertise‘, herausgegeben von Prisma. Prisma ist ein in Hamburg ansässiges und tätiges Modellprojekt, das mit medienpädagogischen Instrumenten und Mitteln der politischen Bildung Zugänge und Adressierungsmöglichkeiten im Kontext der sog. „Neuen Rechten“ erarbeitet und erprobt. Prisma wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘. Das Modellprojekt ist sowohl Teil des beratungsnetzwerk.hamburg als auch Mitglied im ‚Nordverbund Ausstieg Rechts‘.

Expertise #3 widmet sich dem Thema „(un)sichtbare Frauen“. Der Titel spielt explizit auf den Umstand an, dass Frauen in rechtsextremen Kontexten noch nicht ausreichend Gegenstand nicht nur der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, sondern auch des öffentlichen Diskurses sind: Ihnen wird häufig eine untergeordnete Rolle zugeschrieben, die sie nicht selten auf die der folgsamen Beziehungspartnerinnen reduziert; sie werden weniger häufig als wirkmächtige Akteurinnen rechtsextremer Kontexte erkannt; sie werden noch viel weniger als Straftäterinnen wahrgenommen; und schließlich werden professionelle Hilfsangebote, in diesem Zusammenhang: Angebote der Ausstiegsbegleitung sowohl in der operativen Fallarbeit wie auch im Vorfeld dazu – in der Adressierung von Beratungsnehmer*innen – vornehmlich männlich gedacht.

Die Expertise #3 nimmt sich der (Un)Sichtbarkeit von Frauen in rechtsextremen Kontexten an und bietet in vier Fachaufsätzen gut lesbar und sehr gut nachvollziehbar geschrieben fundiertes Wissen zu den angesprochenen Fragestellungen. Esther Lehnert thematisiert die Anforderungen an geschlechterreflektierte sozialpädagogisch orientierte Präventionsarbeit mit jungen Menschen im Rechtsextremismuskontext. Lehnert reflektiert verschiedene Konzepte der Prävention von Rechtsextremismus und betrachtet die Bedeutung geschlechtlicher Rollenbilder und -vorstellungen sowohl im gesellschaftlichen wie auch explizit im rechtsextremen Kontext. Lehnert hebt darauf aufbauend die Bedeutung von geschlechterreflektierten Konzepten für die Prävention von Rechtsextremismus heraus, bezogen sowohl auf männliche wie auch weibliche Adressat*innen. Schließlich benennt Lehnert konkrete Merkmale und Bestandteile geschlechterreflektierter Präventionsarbeit im Rechtsextremismuskontext.

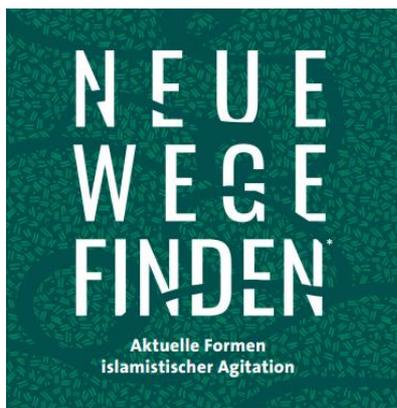
Carmen Strehl wendet sich der „Familie als Sehnsuchtsort der extremen Rechten“ zu. Strehl zeigt auf, welche Bedeutungen sich mit dem Begriff ‚Familie‘ aus rechtsextremer Perspektive verbinden: mit welchen Wertvorstellungen der Begriff aufgeladen wird, welche Rollenbilder und -erwartungen mit ihm verknüpft und transportiert werden, welche gesellschaftliche und politische Funktion die Familie aus rechtsextremer Perspektive innehat – und wo Schnittstellen zu diesen Aspekten in der Mehrheitsgesellschaft festzustellen sind. Strehl lässt ihre Ausführungen schließlich in Schlussfolgerungen für die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und für pluralistische Familien- und Rollenbilder münden.

Kira Ayyadi nimmt sich rechtsextremer Influencerinnen an und zeigt auf, welcher Methoden sich in Sozialen Medien bedient wird, um rechtsextreme und auch rechtspopulistische Inhalte zum Teil mit augenscheinlich harmlosen und unpolitischen Themensetzungen im öffentlichen Diskurs zu platzieren. Ayyadi zeigt, dass diese Auftritte darüber hinaus genutzt werden, um Menschen gezielt an rechtsextreme oder rechtspopulistische Gedankenwelten, Politik-, Gesellschafts- und geschlechtsbezogene Rollenverständnisse heranzuführen und sie darüber zu werben.

Maria Lindner widmet sich der Spezifik von Ausstiegsbegleitungen rechtsextremer Frauen zu. Sie beleuchtet den verfügbaren Forschungsstand zur Erforschung von Abwendungsprozessen von Frauen aus rechtsextremen Szenezusammenhängen sowie zu Faktoren, die deren Hinwendungsprozesse befördern. Lindner verknüpft die vorliegenden Befunde mit der Ausstiegspraxis und entwickelt auf dieser Basis eine Reihe von Ideen, die Ausstiegsarbeit mit rechtsextremen Frauen sinnvoll qualitativ weiterzuentwickeln.

Die Expertise #3 steht [hier](#) zum Download bereit.

3.2 Neue Broschüre „Neue Wege finden – aktuelle Formen islamistischer Agitation“ veröffentlicht



Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen hat eine neue Broschüre mit dem Titel "Neue Wege finden- aktuelle Formen islamistischer Agitation" veröffentlicht. Diese Broschüre widmet sich vergleichsweise neuen Phänomenen im deutschsprachigen Islamismus, die hier als islamistisch-konnotierter Populismus und islamistisch-konnotierter Aktivismus bezeichnet werden. Neben der exemplarischen Beschreibung dieser Phänomene und Hinweisen zu möglichen Umgangsformen mit ihnen, thematisiert die Broschüre in einem ersten Teil auch, weshalb aus Sicht der primärpräventiven Arbeit eine begriffliche Differenzierung notwendig ist und weshalb wir im Kontext unseres Präventionsverständnisses von Radikalisierung sprechen – und nicht von Extremismus.

Sie steht als [Download](#) zur Verfügung und kann auch als Printausgabe beim L-DZ bezogen werden.

Für weitere Nachfragen: islam@ldz-niedersachsen.de

3.3 Positionspapier: Präventionsketten verankern – Teilhabechancen für alle Kinder fördern

Das Programm Präventionsketten Niedersachsen: Gesund aufwachsen für alle Kinder! hat [sieben zentrale Positionen](#) veröffentlicht, die zeigen, was es braucht, damit Präventionsketten zum integralen Bestandteil im Handeln von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gegen Kinderarmut werden. Die Gelingensbedingungen sind aus der praktischen Erfahrung im Aufbau von Präventionsketten und der Diskussion mit kommunalen Entscheidungsträger*innen entstanden. Präventionsketten unterstützen die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und fördern das Aufwachsen in Wohlergehen für alle Kinder.

3.4 Pixi-Heft „Gaming und Rechtsextremismus – 25 Fragen & Antworten zum Thema“

Videospiele und Internet-Gaming erfreuen sich einer wachsenden Reichweite insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Beschäftigung mit diesem Medium hat zwei Seiten: Neben vielen positiven Effekten beim Umgang mit digitalen Medien und Inhalten finden sich in einigen Formaten auch Gewalt verherrlichende, rassistische oder sexistische Motive.

Mit dem neuen Pixi-Heft **„Gaming und Rechtsextremismus – 25 Fragen & Antworten zum Thema“** bieten die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung und das Projekt „Good Gaming“ der FGM/Amadeu Antonio Stiftung Lehrkräften und Eltern einen anschaulichen Einstieg in dieses Thema.

Die Broschüre im handlichen Westentaschenformat liefert Einblicke in die Welt der Videospiele und beantwortet grundlegende Fragen zu Gaming sowie zu Stereotypen in Videospiele und Gaming-Communities. Erfahrene Gamer erhalten Handlungsansätze, um eine demokratische, digitale Gesellschaft auch in Videospieldwelten lauter und aktiver werden zu lassen.

Die gedruckte Fassung des Pixi-Heftes kann direkt und kostenlos im [Onlineshop der Amadeu Antonio Stiftung](#) bestellt werden und steht auf der Webseite der Landeszentrale für politische Bildung zum [Download](#) bereit.

3.5 Online-Angebot: hilfefürdich.de

Der Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e.V. (DKSB) bietet mit der Webseite www.hilfefürdich.de jungen Menschen niedrigschwellige sowie vertrauliche Unterstützung und Beratung per Telefon oder E-Mail an. Die einfach strukturierte Webseite leitet Betroffene durch eine persönliche Ansprache in Form von Fragestellungen wie „Dir wird zuhause wehgetan?“ oder „Du wirst unangenehm berührt?“ zu Kontaktmöglichkeiten.

Kontakt:

DKSB Landesverband Niedersachsen e.V.

Tel.: 0511 44 40 75

info@dksb-nds.de

4. Wettbewerbe/Verschiedenes

4.1 Wettbewerb „Gute Nachbarschaft“ 2022

Im Rahmen der Modellförderung Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement stellt das Land Niedersachsen für den **Wettbewerb "Gute Nachbarschaft" 2022** Fördergelder zur Verfügung.

Gefördert werden innovative Projekte zur Stärkung der Integration und der Teilhabe in städtischen und ländlichen Gebieten mit besonderen sozialen, demografischen sowie integrativen Herausforderungen.

Die Auslobung richtet sich an Gemeinden, Samtgemeinden, Landkreise, juristische Personen des privaten Rechts, deren Zweck vorrangig nicht auf eine wirtschaftliche Tätigkeit gerichtet ist (z.B. gGmbH, gUG) sowie Verbände der Wohlfahrtspflege, kirchliche Organisationen und Kammern.

Die Frist zur Einreichung von Anträgen endet am **01.04.2022**.

Die [Auslobung](#) und alle Informationen zur Antragstellung finden Sie unter www.gwa-nds.de.

Kontakt:

Geschäftsstelle LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.

Tel.: 0511 701 07 09

geschaeftsstelle@lag-nds.de

4.2 Niedersächsische Integrationspreis 2022

Die Niedersächsische Landesregierung lobt den Niedersächsischen Integrationspreis 2022 in Höhe von 24.000 Euro zum Thema „**Integration von Kindern und Jugendlichen – gemeinsam stark in die Zukunft!**“ aus. Ziel ist es, u.a. herausragende Projekte auszuzeichnen und kreative Ideen zu fördern.

Bewerben können sich Vereine, Verbände, Institutionen, Initiativen, Stiftungen, Kindergärten und Schulen, die sich für gelebte Integration einsetzen.

Bewerbungsschluss ist der **27.02.2022**.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.niedersaechsischer-integrationspreis.de.

4.3 Leitgedanken des DEFUS zur Sicherheit von Mitarbeiter*innen und politischen Mandatsträger*innen in Kommunalverwaltungen

Anlässlich von verbalen und körperlichen Übergriffen auf politische Verantwortungsträger*innen hat das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) Leitüberlegungen zum Thema „Sicherheit von Mitarbeiter*innen und politischen Mandatsträger*innen“ verfasst.

Die Überlegungen des Städtenetzwerks DEFUS, u.a. unterzeichnet von dem LPR Niedersachsen, finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen zu DEFUS erhalten Sie unter www.defus.de.

4.4 Trainingsprogramm: Empowering Social Media Communities – für ein Netz ohne Hass

Die Bundeszentrale für politische Bildung fördert ein 20-monatiges Beratungsprogramm „Empower Communities für euer Netz ohne Hass“.

Im Rahmen des kostenlosen Programms lernen die Teilnehmenden den richtigen Umgang mit Hass in sozialen Medien. Die Schulung erfolgt durch Trainer*innen der Plattform Love Storm. Bewerben können sich gemeinnützige Organisationen mit einem aktiven Social-Media-Team.

Die Bewerbungsfrist endet am **27.02.2022**.

Weitere Informationen erhalten Sie [hier](#).

4.5 Projektmittel der Europäischen Kommission zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Die Europäische Kommission fördert Projekte zur wirksamen Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und unterstützt ihre Umsetzung durch die Bereitstellung von Mitteln in zwei Bereichen:

1. Verbesserung der Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern und Unterstützung der Opfer.
2. Erweiterung von technischen Instrumentarien zur Aufdeckung und Ermittlung von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet.

Die Ausschreibung richtet sich an öffentliche Einrichtungen, gemeinnützige Einrichtungen und internationale Organisationen mit Sitz in einem EU-Land.

Bewerbungsschluss ist der **24. Februar 2022**.

Weitere Informationen zur Ausschreibung und Bewerbung finden Sie [hier](#).